



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN  
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

18. November 2020

### **CDU-Juristen im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises I „Recht und Verfassung“ Arnulf von Eyb MdL**

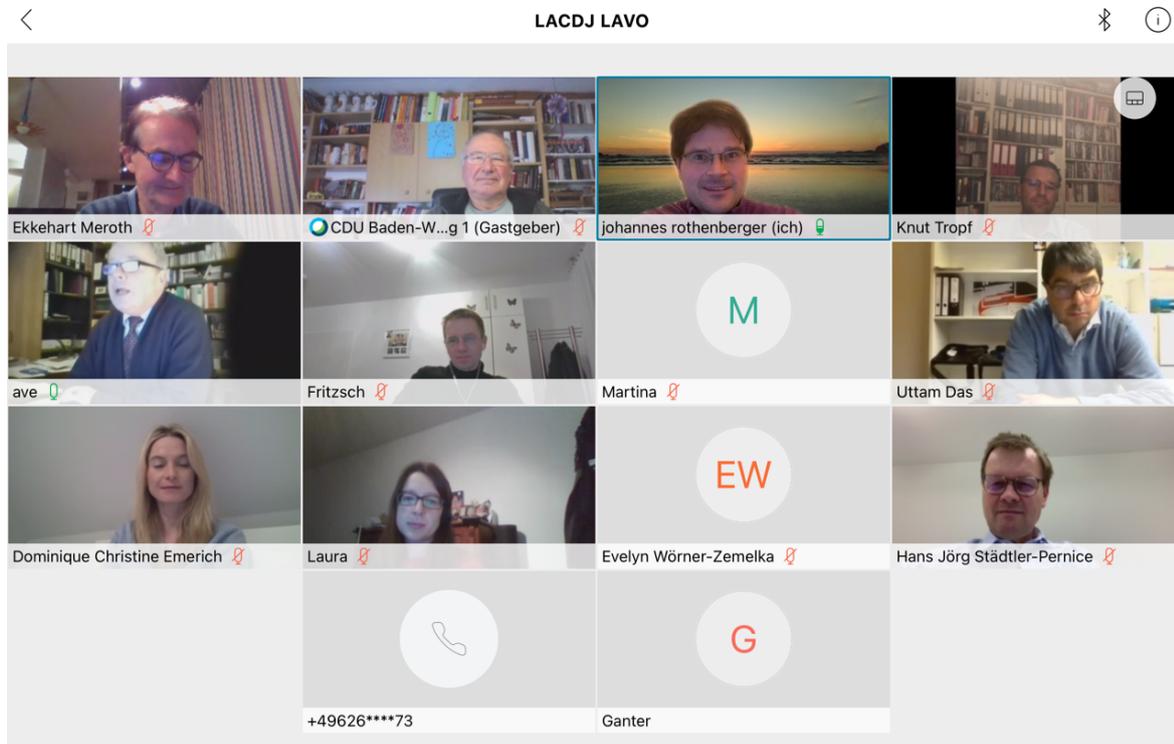
Per Telefon- und Videokonferenz hat sich der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen der CDU Baden-Württemberg (LACDJ) mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises „Recht und Verfassung“ der CDU-Fraktion im Landtag, Arnulf Freiherr von Eyb MdL, über aktuelle Themen der Rechtspolitik ausgetauscht.

Freiherr von Eyb berichtete, dass auf Initiative der CDU Programme gestartet sind, die Flüchtlingen den Rechtsstaat erläutern und auch an Schulen der Rechtsstaat vorgestellt wird. Nicht ganz glücklich sei er mit der Notariatsreform, so Freiherr von Eyb. Der Notar sei nun nicht mehr so stark vor Ort und kenne die Verhältnisse und Personen nicht mehr so.

Eine Stärkung der Opfer wurde durch die Einführung eines Opferbeauftragten vorgenommen und Hunde werden als Helfer eingesetzt, um Zeugen im Zeugenstand zu beruhigen oder bei der Resozialisierung. Der Justizvollzug wurde gestärkt und für die Vollzugsarbeit mit Suchtkranken oder psychisch Kranken mehr Stellen geschaffen. „Insgesamt belastet Corona den Justizvollzug, aber der Vollzug funktioniert“, so Freiherr von Eyb.

Auch an den kleineren Gerichten sei die Sicherheit verbessert worden. Eine wichtige Forderung der CDU für die Landtagswahl sei, dass auch die kleineren Gerichtsstandorte erhalten bleiben. So könne man mehr Nähe zu den Betroffenen haben und sachgerechtere Entscheidungen erzielen. Der Landesvorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter, unterstrich die Bedeutung der kleineren Gerichte und regte an, junge Richter auch durch Pensionäre ehrenamtlich zu unterstützen und bei den Bewährungshelfern den Einsatz Ehrenamtlicher zu stärken.

In der weiteren Diskussion bezog Freiherr von Eyb klar Stellung, dass auch in Krisenzeiten die Parteien und die Demokratie handlungsfähig sein und deshalb virtuelle Parteitage möglich gemacht werden müssen. Er empfinde das Parlament auch ausreichend eingebunden für die Normgebung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.



*Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.*